
FDP Kassel-Stadt

ARBEITSPLÄTZE SICHERN UND AN IDEOLOGISCHER ZIVILKLAUSEL FESTHALTEN? KASSEL KANN NICHT BEIDES.

09.03.2026

VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE SICHERT ARBEITSPLÄTZE UND INNOVATION

Die FDP Kassel-Stadt sieht in den Plänen der Technischen Hochschule Mittelhessen, künftig duale Studiengänge in Kassel anzubieten, ein wichtiges Signal für den Bedarf der regionalen Wirtschaft an technischen Fachkräften. Gerade Unternehmen der Industrie und insbesondere der Verteidigungsindustrie benötigen qualifizierten Nachwuchs.

Kassel ist seit Jahrzehnten ein bedeutender Industriestandort. Unternehmen wie KNDS und Rheinmetall gehören zu den größten Arbeitgebern der Stadt und sichern tausende Arbeitsplätze in Kassel und der Region. Hinzu kommen zahlreiche mittelständische Zulieferbetriebe, die direkt oder indirekt mit diesen Unternehmen zusammenarbeiten. Die Verteidigungsindustrie ist damit ein zentraler Pfeiler der regionalen Wirtschaft und trägt erheblich zur Wertschöpfung und zum Wohlstand in Nordhessen bei.

Dr. Andreas Buschmeier, stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP Kassel-Stadt, erklärt: „Die Unternehmen der Verteidigungsindustrie sichern in Kassel tausende hochwertige Arbeitsplätze. Gleichzeitig stehen sie für technologische Spitzenleistungen im Maschinenbau und in der Ingenieurskunst. Wer diese Unternehmen ideologisch ausgrenzt, gefährdet Innovation und wirtschaftliche Stärke unserer Region.“

Gerade in einer Zeit wachsender internationaler Unsicherheiten sei zudem klar, dass eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas sei. Forschung und Entwicklung im Bereich moderner Verteidigungstechnologien seien daher nicht nur wirtschaftlich wichtig, sondern auch sicherheitspolitisch notwendig.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die FDP Kassel-Stadt erneut die Zivilklausel der Universität Kassel. Diese erschwert Kooperationen der regionalen Industrie und hat bereits dazu geführt, dass Partnerschaften mit wichtigen Unternehmen beendet wurden.

Buschmeier weiter: „Es kann nicht im Interesse unserer Stadt sein, dass zentrale Arbeitgeber und Innovationsmotoren der Region von Kooperationen mit der Universität ausgeschlossen werden. Studierende profitieren von Praxisnähe, Unternehmen von Forschungspartnerschaften und die Region von Innovation und Wachstum.“

Während andere Hochschulen eng mit Industrieunternehmen zusammenarbeiten und dadurch Forschung, Innovation und Fachkräfteentwicklung stärken, stelle sich die Universität Kassel durch ihre Zivilklausel selbst unnötige Grenzen und verzichtet somit auch auf Drittmittel.

„Wenn Kassel als Wissenschafts- und Industriestandort erfolgreich bleiben soll, muss die Bildungslandschaft offen für Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft sein. Ideologische Barrieren helfen weder den Studierenden noch den Beschäftigten in unserer Stadt“, so Buschmeier abschließend.